
(Empfängername, Anschrift)

Datum und
Zeichen Ihres
SchreibensMein Zeichen,
Meine Nachricht
vomAuskunft erteilt
Telefon/Fax
(persönlich)
E-Mail (persönlich)

Datum

Zuwendungen des Landes aus dem Förderbereich: _____

Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde zum Antrag der/des

vom _____

auf Gewährung einer Zuwendung für die Maßnahme „_____“**Zuwendungsantrag (____ fach)**

Bezüglich des oben genannten Antrages sind sämtliche Voraussetzungen für die Gewährung einer Zuweisung erfüllt. Es wird vorgeschlagen, eine Zuweisung in Höhe von

_____ EUR

(= _____ % der zuwendungsfähigen Kosten)

zu gewähren. Folgende Nebenbestimmungen bitte ich im Falle der Gewährung einer Zuweisung für die o. a. Maßnahme in den Bewilligungsbescheid aufzunehmen:

Angaben zur Haushalts- und Finanzlage der/des Antragsteller(s)/in:

Die Angaben in der Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage werden bestätigt.

2 Angaben zur Finanzierung des Vorhabens:**2.1 Beantragte Zuweisung:**

· (= Finanzierungslücke)

_____ EUR

2.2 Kann davon ausgegangen werden, dass die im Finanzierungsplan vorgesehenen Finanzierungsmittel (Eigenbeteiligung, Kreditaufnahme, Beteiligung Dritter usw.) in vollem Umfang verfügbar sind?

Falls nein:

☐ Ja ☐ NeinNicht verfügbar sind:¹Zur Verfügung stehende
Finanzierungsmittel:

a) Eigenmittel:

_____ EUR

b) Beiträge, Ausgleichsbeträge:

_____ EUR

c) Zuweisungen Dritter:

-Bund:

_____ EUR

-Land:

_____ EUR

- Landkreis:

_____ EUR

- Sonstige:

_____ EUR

d) Eigenleistungen:

_____ EUR

e) Sonstige Finanzierungsmittel:

_____ EUR

¹ Aufzuführen sind alle im Finanzierungsplan eingestellten, aber nicht verfügbaren Beträge einschließlich der Kreditaufnahmen, die wegen der unzureichenden freien Finanzspitze aufsichtsbehördlich nicht genehmigt werden können.

Zur Verfügung stehende Finanzierungsmittel gesamt

_____ EUR

Tatsächliche Finanzierungslücke bei Gesamtkosten der
Maßnahme von _____ EUR

_____ EUR

3 Beurteilung nach § 18 Abs. 2 Nr. 3 LFAG:

3.1 Ist der Träger der Maßnahme in der Lage, den Eigenanteil und die Folgekosten (§ 18 Abs. 2 Nr. 3 LFAG) ohne Gefahr für seine dauernde Leistungsfähigkeit zu tragen?

☐ Ja ☐ Nein

3.2 Falls nein:

Ist das Vorhaben zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit dringend erforderlich?

☐ Ja ☐ Nein

3.3 Falls nein:

Wird das Verfahren nach § 18 Abs. 2 Nr. 3 2. HS LFAG vorgeschlagen?

☐ Ja ☐ Nein

Falls 3.2 oder 3.3 mit "Ja" beantwortet wird, Begründung gem. besonderem Blatt.

Im Auftrag

Rechtsverbindliche Unterschrift / Stempel der Kommalaufsichtsbehörde